

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und für Anzeigen die Postanstalten entgegen. - Erhältlich wöchentlich. Preis pro Stück 10 Pf. Nr. 33.

Anzeigenpreise: Die Anzeigenpreise sind für Anzeigen aus Aue und Umgebung 20 Cent pro Zeile, aus anderen Gegenden 25 Cent pro Zeile, aus dem Ausland 30 Cent pro Zeile. Anzeigen für die ersten 10 Tage 50 Prozent ermäßigt. Anzeigen für die nächsten 10 Tage 75 Prozent ermäßigt. Anzeigen für die letzten 10 Tage 100 Prozent ermäßigt.

Telegraphisches Ergebitt: Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 38

Donnerstag, den 14. Februar 1924

19. Jahrgang

Wirtschaftskrisis und Arbeitsmarkt

Von Dr. Bruno Hauecker.

Bedeutung und Umfang einer Wirtschaftskrisis zeigt sich am klarsten an der Lage des Arbeitsmarktes. Schon im Sommer des vergangenen Jahres hatte die Ueberhöhung der Produktionskosten der deutschen Industrie zu einem Rückgang der Konjunktur geführt, der in einem ununterbrochenen Ansteigen der Arbeitslosigkeit resultierte. Seit dem Juli 1923 zum Ausdruck kam. Während im Juli auf 100 Fachverbandsmitglieder der Arbeiter-Fachverbände nur 3,5 Arbeitslose entfielen, stieg ihre Zahl bereits im August auf 8,9, um dann im September auf 9,9, im Oktober auf 19,1 im November auf 23,4 anzuschwellen. Die Umstellung auf Goldmarkrechnung auf allen Gebieten, die sogenannte „Stabilisierungskrisis“ hat dann die Arbeitslosenfiguren am Jahresende auf 28,2 Prozent und damit auf eine Höhe ansteigen lassen, die in Deutschland bisher noch nie erreicht worden war. Ende Dezember wurden in den 34 Facharbeiterverbänden, die regelmäßig über den Stand der Arbeitslosigkeit ihrer Mitglieder an die Reichsarbeitsverwaltung berichten, von 4,8 Millionen Mitglieder, 1,3 Millionen als arbeitslos aufgeführt. Es sind hauptsächlich die Verbände der Metallarbeiter, Fabrikarbeiter, Verkehrsarbeiter, Bauarbeiter und Kohlarbeiter, welche über eine starke Zunahme der Zahl ihrer arbeitslosen Mitglieder berichten. Beim Bauarbeiterverband waren sogar 67,3, beim Christlichen Bauarbeiterverband 70,4 Prozent aller Mitglieder im Dezember ohne Beschäftigung.

Auch die Kurzarbeit hat in der zweiten Hälfte des Jahres 1923 erheblich zugenommen. Von den 30 Verbänden mit im ganzen über 4,03 Millionen Mitgliedern, von denen Meldungen über den Umfang der Kurzarbeit für Ende Dezember vorliegen, arbeiteten 1,69 Millionen, d. h. 42 Prozent, mit verkürzter Arbeitszeit. Im November belief sich die Kurzarbeit bei 33 Verbänden auf 47,3 Prozent.

Die Mehrzahl dieser Erwerbslosen und Kurzarbeiter wurde aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge unterhalten. Es wurden gezählt an sogenannten Hauptunterstützungsmittellern am 1. Dezember 1.484.859, am 15. Dezember 1.486.014, am 1. Januar 1.528.082, am 15. Januar 1.555.961. Die Zunahme seit dem 1. Dezember, seit dem Zeitpunkt also, von dem ab sich die Stabilisierungskrisis in aller Schärfe bemerkbar macht, ist also sehr gering. Beachtenswert ist, daß der Anteil der beiden Geschlechter sich in entgegengesetztem Sinne entwickelt hat; während die Zahl der unterhaltenden Frauen stetig sank, bewegte sich die Zahl der männlichen Erwerbslosen ebenso stetig in aufsteigender Richtung. Diese Erscheinung erklärt sich in der Hauptfache durch die Stilllegung einer Anzahl von Betrieben der Rüstung wegen, in denen überwiegend männliche Kräfte beschäftigt werden, während gleichzeitig in anderen mehr mit weiblichen Kräften arbeitenden Industrien (Textil-, Tabakindustrie) die Beschäftigung sich etwas gebessert hat. Wie stark die Inanspruchnahme der Arbeitsnachweise und wie wenig erfolgversprechend die Arbeitsuche der Arbeitslosen in diesem Zeitraum gewesen ist, mag aus der Tabelle erhellen. Daß von 100 Arbeitslosen nur rund 9 in Arbeitsstellen untergebracht werden konnten.

Zeigen sich heute schon Anzeichen zur Verbesserung dieser Krise? Kein Zweifel, daß der Abbau der Preise in den letzten Wochen die Kaufkraft des Innenmarktes gehoben und auch die Exportausfichten gebessert hat. Die Großhandels-Indizes sind — die Ziffern des Jahres 1913 = 100 angesetzt — z. B. für Inlandswaren von 115,8 am 2. Januar auf 108,5 am 22. Januar zurückgegangen. In nahezu allen wichtigen Waren ist in den letzten Monaten ein Preisabbau erfolgt, der in einzelnen Warenarten die Preise erheblich unter das Weltmarktniveau herabgedrückt hat, während sie in anderen nur wenig über dem Weltmarktpreis lagen. So beispielsweise betrug der Preis für Roggen — den Weltmarktpreis wiederum = 100 gesetzt — am 15. Januar 99,5, der Preis für Weizen 89,1, der Preis für Weizenmehl 107,4 für Baumwolle 104,7, für Getreide 74,9, für Rind 107,7, für Eisen 108,8, für Kohle 108,8.

Vergleicht man diese amtlich notierten Preise mit der Preisbildung der vorangegangenen Monate, so nimmt man wahr, daß der deutsche Roggenpreis sich seit dem 2. November, wo er mit 10,19 Goldmark für 50 Kilo mährischer Roggen seinen höchsten Stand erreichte und um 77,8 Prozent über die Chicagoer Notierung hinausging, bis am 12. Januar, wofür er in Berlin mit 7,28 Goldmark notiert wurde, um 29 Prozent gesunken hat. Am 31. Januar wurde der Roggen in Berlin nurmehr mit 5,98 Prozent bewertet, so daß die Berliner Notierung nunmehr unter dem Chicagoer Preis (30. Januar 6,09 für einen Zentner) liegt. Ebenso

ist der Preis für Weizenmehl, der bis Anfang Januar noch um 10 Prozent über den New Yorker Preis hinausging, seitdem beträchtlich gesunken. Am 31. Januar unterschritt er mit 22,63 Mark für 100 Kilo die New Yorker Notierung (24,80 Mark) um 8 Prozent.

Von ebenso entscheidender Bedeutung für die Festhaltungskosten der Industrie wie die Roggen- und Weizenmehlpreise sind die deutschen Kohlen-, Eisen- und Stahlpreise. Auch hier ist in den letzten Wochen ein Abbau erfolgt, der eine baldige Besserung der Wirtschaftslage erhoffen läßt. So liegt z. B. der Preis für Ruhrkohle für den Export, der Mitte Oktober den gleichartigen englischen Preis um nahezu 105 Prozent überschritt, heute nur noch 8 Prozent höher als der englische Preis. In gleichem Zeitraum ist die Spanne zwischen den deutschen und den englischen Hoheisenpreisen, die Mitte Oktober noch 29 Prozent betrug, so gut wie gefallen. Auch der deutsche Erzkohlepreis, der den gleichartigen englischen Preis Mitte Oktober um 17—18 Prozent und Mitte Dezember noch um 7 Prozent überschritt, hat diesen jetzt mit 130—140 Goldmark pro Tonne erheblich unterschritten.

Bedenkt man, daß in den letzten drei Monaten des Jahres 1923 die Reallohne der Bergarbeiter in allen Hauptgruppen in den 5 Hauptgebieten des Steinkohlenbergbaus durchschnittlich um 30 Prozent gesunken und damit von 69,29 Prozent des Vorkriegslohnens im September auf 51,04 Prozent für ledige und von 75,44 Prozent auf 55,68 Prozent des Vorkriegslohnens für verheiratete Hauer und Schleppler im Durchschnitt zurückgegangen sind, bedenkt man ferner, die Reallohne der Berg-, Bau-, Holz-, Metall-, Textil-, Fabrik-, Buchdrucker- und Reichsbetriebsarbeiter im Durchschnitt von 67,16 Prozent im August für den gelernten Arbeiter auf 53,28 im November und für den ungelerten Arbeiter von 86,38 Prozent des Vorkriegslohnens auf 65,68 Prozent im November gesunken sind, so wird man auch aus dieser Tatsache eine Senkung der Produktionskosten der verarbeitenden Industrie entnehmen, die sich in einem Preisabbau und in der Zunahme der Exportfähigkeit demnachst wird äußern können.

Tritt zu diesen Befundssymptomen unserer Wirtschaft denn noch eine planmäßige und baldige Steigerung unserer Produktion, so wird eine entsprechende Besserung auf dem Arbeitsmarkt die baldige Folge sein. Es kann in diesem Zusammenhang festgestellt werden, daß sich z. B. die Förderung in den Steinkohlenbergbaubetrieben des unbesetzten Deutschlands seit Beginn dieses Jahres bereits erheblich gehoben hat. So erhöhte sich in Oberschlesien die Förderung vom 3.—25. Januar nach dem Inkrafttreten des Uebereinkommens über die Verlängerung der Arbeitszeit, das von den Arbeitern eine Mehrarbeit von 1½—2 Stunden verlangt, auf den Arbeitstag um 31.780 Tonnen gegenüber einer arbeitsstättigen Leistung von 37.218 Tonnen im Durchschnitt 1913 und 29.748 Tonnen im Durchschnitt 1922. Auch im Ruhrgebiet ist die Kohlenproduktion auf neuen Höhen, die infolge ihrer Lage die Möglichkeit haben, ihre Förderung auf dem Wasserwege zu verladen, erheblich gestiegen. Auf den Rheinischen-Becken z. B. wurde bereits Anfang Januar eine Leistung von 14—15.000 Tonnen erreicht. Eine Förderleistung, die annähernd der Tagesleistung der Gesamtbelegschaft im Jahre 1913 von im Durchschnitt 0,89 Tonnen pro Kopf entspricht. Dalt diese erfreuliche Zunahme der Förderleistungen im Bergbau an, so wird auch sie zu einer weiteren Besserung der verarbeitenden Industrie beitragen können.

So wenig Ursache zu einem übertriebenen Optimismus bezüglich der Lage unserer Wirtschaft ist, so sehr können wir deshalb mit Berufung auf diese Symptome einer beginnenden Sanierung der deutschen Wirtschaft trösten und mit einer gewissen Hoffnung in die Zukunft sehen.

Abschied der Sachverständigen.

Die Berliner Arbeit der Sachverständigenausschüsse ist nunmehr abgeschlossen; General Dawes, der Vorsitzende des ersten Ausschusses, hat zum Schluss am Mittwoch dem Reichskanzler einen Besuch abgestattet und ihm den Dank der Ausschüsse ausgesprochen für das Entgegenkommen, das sie seitens der Regierung bei ihren Untersuchungen gefunden haben. Man ist berechtigt anzunehmen, daß diese Dankagung nicht eine bloße Höflichkeitshandlung, denn es ist nicht zu bezweifeln, daß die Regierung diesmal viel besser auf den Besuch der ausländischen Gäste vorbereitet war als seinerzeit das Kabinett Wirth auf die Informationsreise internationaler Finanzleute, und daß infolgedessen die Arbeiten der jetzigen Sachverständigenausschüsse durchaus fruchtbringend gewesen sind.

Von klarem Ergebnis kann man allerdings jetzt

noch nicht sprechen, abgesehen vielleicht von der Frage der Goldnotenbank, über die beinahe völlige Uebereinkommen der internationalen Kommission und Dr. Schacht erzielt ist. Über der Berliner Aufenthalt der internationalen Herrschaften war ja auch von vornherein nicht dazu bestimmt, sofortige Beschlüsse zu zeitigen, sondern nur Unterlagen tatsächlicher Art dafür zu schaffen. Die Beschlüsse selbst wird erst in den Sitzungen zu Paris erfolgen auf Grund der schriftlichen und mündlichen Mitteilungen, die die deutsche Regierung bereits gemacht hat, und der schriftlichen Ergänzungen, die in den nächsten Tagen abgefordert werden sollen. Da Dr. Schacht auch zu den weiteren Pariser Verhandlungen zugezogen wird, so darf man sicher sein, daß seitens Deutschlands alles getan ist und geschieht, um die Entscheidungen der Sachverständigen-Ausschüsse und ihre Anträge an die Reparationskommission, die sich mit den Fragen erst im März beschäftigen wird, sachlich zu gestalten und ihnen eine Fassung zu geben, die für uns tragbar ist.

Aus Macdonalds Regierungserklärung.

Fragen der auswärtigen Politik.

Macdonald führte darüber u. a. aus: Bei Uebernahme der Regierung habe er in Zentraluropa einer sehr ernsten Lage gegenüberstanden. Die Beziehungen zwischen England und Frankreich seien unter der unionistischen Regierung alles andere als angenehm gewesen. Man habe instinktiv gefühlt, daß nur eine durchgreifende Änderung vor einer vollkommen hoffnungslosen Lage und vor dem Ausbruch eines europäischen Krieges retten könnte. Im Ruhrgebiet gebe es zahllose Fälle von verborgenen Problemen, nicht verwirrend für die Vernunft aber beunruhigend für die Gemüter. Die Schwierigkeiten in der Ruhrfrage, der Separatismus, die Eisenbahnpolitik in der englischen Zone könne er heute noch nicht eingehend behandeln, ein volles Uebereinkommen in der Ruhrfrage dürfe aber unmittelbar bevorstehen.

Macdonald ging dann auf seine Verhandlungen mit Poincaré ein und betonte, daß Frankreich von seiner Politik Englands etwas zu befürchten habe. Wenn beide Länder auch nicht in allem übereinstimmten, so müßten sie doch die Probleme des Ruhrgebietes und der Reparationen von beiderseitigen Standpunkt und von demjenigen Europas wohlwollend und aufrichtig erwägen und zu einer befriedigenden Vereinbarung kommen. Dann würde es vor Schluss des Jahres möglich sein, daß Frankreich, Großbritannien und die anderen Nationen von Herzen an einer europäischen Regelung zusammenarbeiten.

Macdonald nannte die Reparationskommission das stärkste Hindernis für eine Regelung. Sobald die Reparationsausschüsse ihre Entscheidungen mitgeteilt und die Reparationskommission ihr Urteil gebildet habe, könne man alle Probleme erörtern, auch die Schulden Frankreichs im einzelnen nachprüfen und die Reaktionen aus dem Wege schaffen. Für die Vermehrung des repräsentativen Charakters und der Autorität des Völkerbundes werde er seine ganze Energie aufwenden. Sobald America erst einmal einen Erfolg in dieser Frage sehen werde, werde es von selbst an der Lösung der schwersten Fragen mitarbeiten. In der Frage der Rüstungen wolle er unbedingt ein Uebereinkommen erzielt werden. Bei richtiger Beurteilung der Dinge müßten Frankreich und die anderen europäischen Nationen einsehen, daß die Sicherheit der Nationen nicht in ihren Rüstungen liege, sondern in der Gerechtigkeit der Stellung, die sie in der Welt einnehmen.

Alle Nationen, auch Deutschland und Rußland müßten im Völkerbund sein.

Enttäuschung über Macdonalds Rede in London.

In politischen Kreisen von London hat Macdonalds Rede eine gewisse Enttäuschung hervorgerufen. Man erkennt an der geschickten Form der Rede an, ist aber überrascht, von ihrem geringen politischen Inhalt. Die Absicht Macdonalds sei offenbar dahin gegangen, durch eine geschickte Haltung den Beifall der Liberalen zu gewinnen, was jedoch nur zu einem geringen Teile gelungen sei, während umgekehrt bei der eigenen Partei sich eine starke Kritik bemerkbar mache. Im ganzen schätze es nach diesem ersten Auftreten sehr zweifelhaft, ob das Arbeiterkabinett den großen parlamentarischen Schwierigkeiten seiner Stellung lange gewachsen sein wird.

Die Verluste in Piemont.

Die Gesamtzahl der Toten und Verwundeten, die der schwere Kampf gekostet hat, steht noch nicht endgültig fest. Die letzten Berichte nennen 49 Tote und eine große Zahl von Schwerverwundeten. Auf der Seite der Sonderbändler sind 28, auf der der Einwohner 21 Tote besonders zu verzeichnen. Die Eroberung der Stadt ist immer noch ungewiss. Die Besatzungstruppen verhielten sich den Kämpfen gegenüber vollkommen neutral. Erst am Mittwochmorgen 5 Uhr rückte französische und großantische Infanterie auf ihrer Lastautos in Urmansens ein. Ueber die Stadt wurde die Verkehrsperre von 7 Uhr abends bis 6 Uhr morgens verhängt. Der Brandherd ist jetzt von französischen Truppen umstellt.

...Tage!
...er
...ten.
...i. Ca.
...aft